

**EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND  
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT**

Bern, 24. August 1992

Nicht an die PresseAn den Bundesrat

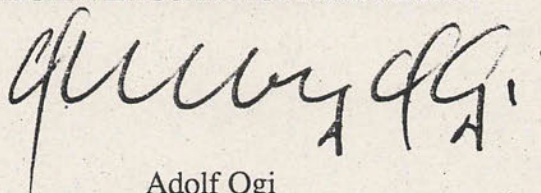
Informationsnotiz:

Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Vranitzky  
und des österreichischen Präsidenten Klestil in der Schweiz,  
23. Juni 1992 resp. 11. August 1992

---

Am 23. Juni 1992 besuchte der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky Bern, und am 11. August 1992 wurde der neue österreichische Präsident Thomas Klestil in der Schweiz empfangen. In Vertretung des Bundespräsidenten führte der Unterzeichnete jeweils die bundesrätlichen Delegationen an.

In der Beilage erhalten Sie zu Ihrer Information die zusammenfassenden Berichte über die mit den Gästen geführten politischen Gespräche.

**EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND  
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT**

Adolf Ogi

2 Beilagen

## Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky in Bern, 23. Juni 1992

---

Eine Delegation des Bundesrates, zusammengesetzt aus Vizepräsident Adolf Ogi sowie den Bundesräten Otto Stich und Jean-Pascal Delamuraz, empfing am 23. Juni 1992 den österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky (V.) zu einem Arbeitessen im Landgut Lohn. Ziel war ein Gedankenaustausch über die aktuellen politischen Themen. Die Ausführungen V.'s lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

### 1. Europäische Integration

Oesterreichs "Eurolex"-Paket umfasst 180 Gesetze, also dreimal mehr als in der Schweiz. Dennoch ist V. sicher, dass die parlamentarische Arbeit 1992 zum Abschluss kommt. Insofern sei das österreichische Prozedere viel schneller und einfacher. Im Gegensatz zum EWR muss allerdings ein späterer EG-Beitritt wegen nötiger Verfassungsänderungen dem Volk unterbreitet werden. Was die Beitrittsverhandlungen angeht, so ist vor allem wichtig, dass in Edinburgh der Kommission ein Verhandlungsmandat erteilt wird. Oesterreich will in diesen Verhandlungen den Schwerpunkt auf die Regelungen der Uebergangsfristen und der Zwischenlösungen legen, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft sowie gemeinsamer Aussen- und Sicherheitspolitik. Wien wird auch alles daran setzen, dass das Transitabkommen nicht tangiert wird. Man sollte mit der EG, was die Regelung des Verhältnisses zu Polen, Ungarn und der CSFR betrifft, diesbezüglich in Verhandlungen eintreten, um die offensichtlichen Probleme im Textilbereich und der Autozulieferindustrie zu lösen. Die noch nicht abgeschlossenen EFTA-Verhandlungen mit Polen und Ungarn sollen weitergeführt werden, wobei man versuchen möchte, die Ungleichheiten zur EG auszutarieren. Beide Delegationen vereinbarten im Vorfeld und während den Beitrittsverhandlungen mit der EG engen Kontakt und Informationsaustausch, um die gleichen Interessen möglichst synergiegewinnend ins Spiel bringen zu können.

### 2. Osteuropa

V. sieht zwei Hauptprobleme: erstens die Stagnierung bei der politischen Normalisierung durch das Fehlen ökonomischer Grundlagen, zweitens das Fehlen einer Koordination der westlichen Hilfe. Investitionen müssten bereits jetzt getätigt werden, bevor die freie Marktwirtschaft voll etabliert sei. Die Destabilisierung des Ostens werde eines Tages auf uns zurückschlagen. Bundesrat Ogi meint, gerade der Beitritt der EFTA-Staaten zur EG würde dieser ein zusätzliches Kraftpaket zur Verbesserung der Osthilfe zuführen.

### 3. Jugoslawien

Warum ist es der EG oder der UNO nicht gelungen, in Jugoslawien Frieden zu stiften oder den Krieg überhaupt zu verhindern? V. macht dafür die Unmöglichkeit des Findens von Patentrezepten verantwortlich. Fanatisierung, Hass, unüberbrückbare Gegensätze, unklare Grenzen machen Erfolge unmöglich. Der EG werden daher zu Unrecht zu harte Vorwürfe gemacht. Vielleicht hätten allenfalls die Sanktionen früher ergriffen werden sollen. Oesterreich anerkenne das heutige Jugoslawien nicht als Nachfolgestaat und trete für seine Suspendierung in der KSZE ein. Als Hauptproblem erachtet V. die Flüchtlingswelle. Oesterreich nehme täglich 300 Personen aus Jugoslawien auf und sehe seine infrastrukturellen Kapazitäten ohne tatkräftige Mithilfe Italiens, Deutschlands und der Schweiz bald erschöpft. Bereits erschöpft seien die psychischen Kapazitäten der Bevölkerung, wo sich fremdenfeindliche Stimmungen breitmachten. Oesterreich beobachtet übrigens ein interessantes Phänomen: Die bosnischen Behörden schieben unerwünschte Zigeuner mittels neuen Pässen ins Ausland ab. Bundesrat Ogi erklärt, die Schweiz prüfe Entlastungsmöglichkeiten für Oesterreich, speziell die Aufnahme von Müttern und Kindern.

### 4. Neutralität

V. macht einige interessante Ausführungen zur österreichischen Neutralität. Diese werde in Oesterreich ständig hinterfragt. Entweder fürchte man ihren Verlust oder halte sie nicht mehr für wichtig. Zwischen diesen Extremen liegt es am Regierungschef, ein ruhiges Fahrwasser zu finden: ja keine Angst erzeugen, aber auch nicht an eventuell unzeitgemässen Formeln festhalten. In diesem Sinne sei die Neutralität als alleiniges Sicherheitskonzept heute überholt. Es sei unmöglich, beim Ueberschwappen von Konflikten im Nachbarland (Beispiel Tschechei-Slowakei) abseits zu stehen. Andererseits habe die Neutralität auch eine vernünftige Funktion. Sie über Bord zu werfen, gehe nicht an, und sei es schliesslich nur aus psychologischen Gründen.

### 5. Bretton Woods Institutionen

Bundesrat Stich erläutert die Bemühungen der Schweiz um Bildung und Führung einer Stimmrechtsgruppe, wobei u.a. auch die Möglichkeit eines Einschlusses Oesterreichs in diese Gruppe sondiert wird. Oesterreich hat jedoch keine Absicht, seine jetzige Gruppe zu verlassen, da es in einer schweizerischen Gruppe nicht besser gestellt wäre.

Besuch des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil in der Schweiz,  
11. August 1992

---

Der neue Bundespräsident der Republik Oesterreich, Thomas Klestil (K), wurde am 11. August 1992 von den Bundesräten Ogi, Koller und Villiger zu einem informellen Besuch in der Schweiz empfangen. Bedingt durch den Unterbruch in der Aera Waldheim, war dies das erste bilaterale Treffen mit einem österreichischen Staatsoberhaupt seit sieben Jahren. K. stattete damit seine erste Visite im Ausland überhaupt ab. Im November ist zudem vorgesehen, dass K. seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch in Ministerbegleitung ebenfalls der Schweiz widmet.

Auf dem Männlichen und in Interlaken wurde ein Gedankenaustausch über folgende Themen gepflegt: europäische Integration, Asylpolitik im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien und Verkehrspolitik. Aus den Gesprächen lässt sich das Wichtigste wie folgt herausfiltrieren.

#### 1. Europäische Integration

Bundesrat Ogi (O.) umreißt die Verbindung zwischen dem EWR und der bevorstehenden NEAT-Abstimmung und macht K. darauf aufmerksam, dass bei einer Ablehnung der NEAT sowohl der Transitvertrag als auch der EWR in der jetzigen Form in Frage gestellt sei, indem ja die EG gedroht habe, den EWR nicht zu ratifizieren, wenn der Transitvertrag von der Schweiz nicht honoriert werden könne. Im übrigen erklärt O., der Bundesrat halte nach wie vor am 6. Dezember als EWR-Abstimmungsdatum fest, wobei der Entscheid über einen rechtzeitigen Bundesbeschluss nun allein beim Parlament liege. Die Schweiz habe mit der EG-Kommission vereinbart, dass der Avis jedenfalls nicht vor dem geplanten Abstimmungstermin abgegeben werde, um die Materien nicht zu vermischen. O. bezeichnet die Schweiz als unbequemen Verhandlungspartner in den bevorstehenden Beitrittsverhandlungen und plädiert für Zusammenarbeit und Absprachen mit Oesterreich und den anderen Neutralen auf Gebieten konvergierender Interessen. Bundesrat Koller seinerseits beschreibt die Komplexität der anstehenden grössten Rechtsrezeption aller Zeiten und überlegt sich eine zukünftige Anpassung (nicht Aufgabe) unserer direkten Demokratie mittels neuer europatauglicher Formen.

K. seinerseits wünscht der Schweiz Erfolg auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nach Europa und betont, er würde eine EWR-Abstimmung am 6. Dezember sehr begrüßen. Eine Verschiebung wäre bedauerlich, da dies einen Rückschlag für alle bedeute. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, Europa müsse auf die Schweiz warten. Oesterreich jedenfalls werde sich bei seinem eigenen EG-Fahrplan (Aufnahme der Beitritts-Hauptverhandlungen anfangs 1993) nicht beirren lassen. Allgemein hebt K. die Notwendigkeit hervor, dass sowohl die Schweiz als auch Oesterreich historisch gesehen kontinentale Verantwortung tragen und dass föderale und demokratische Defizite der EG durch unsere zwei Länder aufgefüllt gehören, die

ganz Europa zum Vorbild gereichen. Der dänische Fingerzeig habe Brüssel aufgeweckt, die Anliegen der Kleinen werden dort nun ernster genommen. Im Zusammenhang mit der Neutralität unterstreicht K. deren psychologische Bedeutung für die Bevölkerung, da sie in seinem Land eine wertvolle Stifterin von Identität sei: Ein behutsames Umgehen mit der Neutralität durch die Regierenden, welche hier auch eine Erziehungsaufgabe hätten, sei daher unerlässlich. Ein unvermitteltes Abrücken käme nicht in Frage, sondern nur eine graduelle Rückführung auf die im Neutralitätsgesetz genannten Grundsätze der militärischen Bindungsfreiheit und der Nichtstationierung fremder Truppen im Land, gleichzeitig mit dem Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitstruktur, die den heutigen Bedrohungen in Form von Flüchtlingswellen, organisiertem Verbrechen und Drogenhandel besser die Stirn bieten könne als eine Neutralität im bisher geübten Sinne. Beide Delegationen halten abschliessend fest, der EG sei in den Beitrittsverhandlungen klar zu machen, es gehe nicht an, in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen von den Beitrittskandidaten mehr zu verlangen als von den Mitgliedern.

## 2. Asylpolitik

Beide Delegationen halten folgendes übereinstimmend fest:

- Das Elend der bosnischen Flüchtlinge zwingt einerseits zu vermehrtem humanitärem Engagement, andererseits leiste man damit der serbischen Vertreibungspolitik Vorschub.
- Das Engagement Oesterreichs und der Schweiz kann nicht grenzenlos sein. Eine breitere Abstützung bei der Flüchtlingsaufnahme auf die westeuropäischen Länder sei sehr wünschbar. Das Resultat der Genfer Konferenz lasse hier zu wünschen übrig.
- Ein Einsatz der UNO in Richtung peace-making werde befürwortet. Als neutrale Länder können die Schweiz und Oesterreich selber jedoch keine Truppen entsenden.
- Beide Länder wünschen, an der Londoner Jugoslawienkonferenz teilzunehmen, vor allem wegen des bisherigen grossen Engagements, welches über dasjenige mancher EG-Staaten hinausgeht.
- Die vertriebenen Bosnier werden wohl kaum nur temporär bei uns bleiben. Insofern werde aus der Flüchtlingsproblematik eine Einwanderungsproblematik.
- Das IKRK müsse ungehinderten Zugang zu allen Gefangenenlagern haben.
- Ein Gefühl der Ohnmacht beherrsche die Politiker. Keine Lösungen seien parat.

Bundesrat Koller bekundet das Interesse der Schweiz daran, dass die UNO die Folgekonferenz nach London in Genf durchführt. Dem UNHCR und dem an der kürzlichen Genfer Konferenz eingerichteten Comité du Suivi seien Chancen einzuräumen. Sollte die EG an ihrer ablehnenden Aufnahmepolitik insgesamt festhalten, müsste unter den aufnahmewilligen Ländern (CH, A, BRD, H) eine

bessere Koordination Platz greifen. Die Schweiz sei zu vermehrtem Engagement weiter bereit, wolle aber das Schwergewicht auf die "Hilfe vor Ort" legen: rasche und konzertierte Vorbereitung wintersicherer Unterkünfte. Dabei entspinnt sich eine Diskussion über den Begriff "vor Ort". Gemäss Klestil ist es für immer unmöglich geworden, die Flüchtlinge nach Bosnien zurückzuschicken und dort etwas für sie zu arrangieren. Pessimistisch erklärt K., dass die serbische Politik der Gewalt bereits gesiegt habe. Die bosnischen Moslems seien ein Volk ohne Heimat geworden, das ehemals moslemische Land sei entvölkert oder bereits von Serben bewohnt, nur noch in einigen Städten gebe es Moslems. Bundesrat Koller baut daher auf Möglichkeiten, Infrastrukturen in Kroatien zu erstellen. Zu seinem Erstaunen orientiert K. darüber, dass vor einer Woche Zagreb nun kundgetan habe, dass seine Kapazität erschöpft sei; Zeltstädte könnten nicht gebaut werden. Dies entspreche einer deutlichen Kehrtwendung der kroatischen Politik. Der Begriff "vor Ort" entleert sich deshalb langsam seines Sinnes und verschiebt sich in der Praxis geographisch nach Norden, d.h. zu uns.

Bundespräsident Klestil erinnert die bosnische Tragödie an das Schicksal der Ostpreussen und Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute werde die Entwicklung noch durch das islamische Element kompliziert. Angesichts des totalen Verlierens der Moslems glaubt K., dass sich eines Tages die islamischen Kräfte international für sie regen werden. In diesem Sinne schätzt er eine militärische Eskalierung unter Einfluss der Türkei, einer ernstzunehmenden Regionalmacht (starke Präsenz in Zentralasien, in der Schwarzmeerkoooperation und auf dem Balkan), als durchaus möglich ein. Vertreter Ankaras hätten kürzlich in Wien klargemacht, die Türkei würde unter der Flagge der UNO jederzeit flächendeckend in Bosnien intervenieren.

### 3. Verkehrspolitik

Beide Delegationen sind sich einig, dass die beiden Transitverträge mit der EG durch einen Beitritt zur EG nicht hinfällig werden. Da es sich um Abkommen handelt, die vor einem Beitritt in Kraft getreten sind, bleibe die ausdrückliche Geltungsdauer von 12 Jahren voll bestehen.